

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG BEBAUUNGSPLAN AUF GRUND DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23. JUNI 1960 (BGBLI S.341)

OTHMARSCHEN 7

ORTSTEIL 218

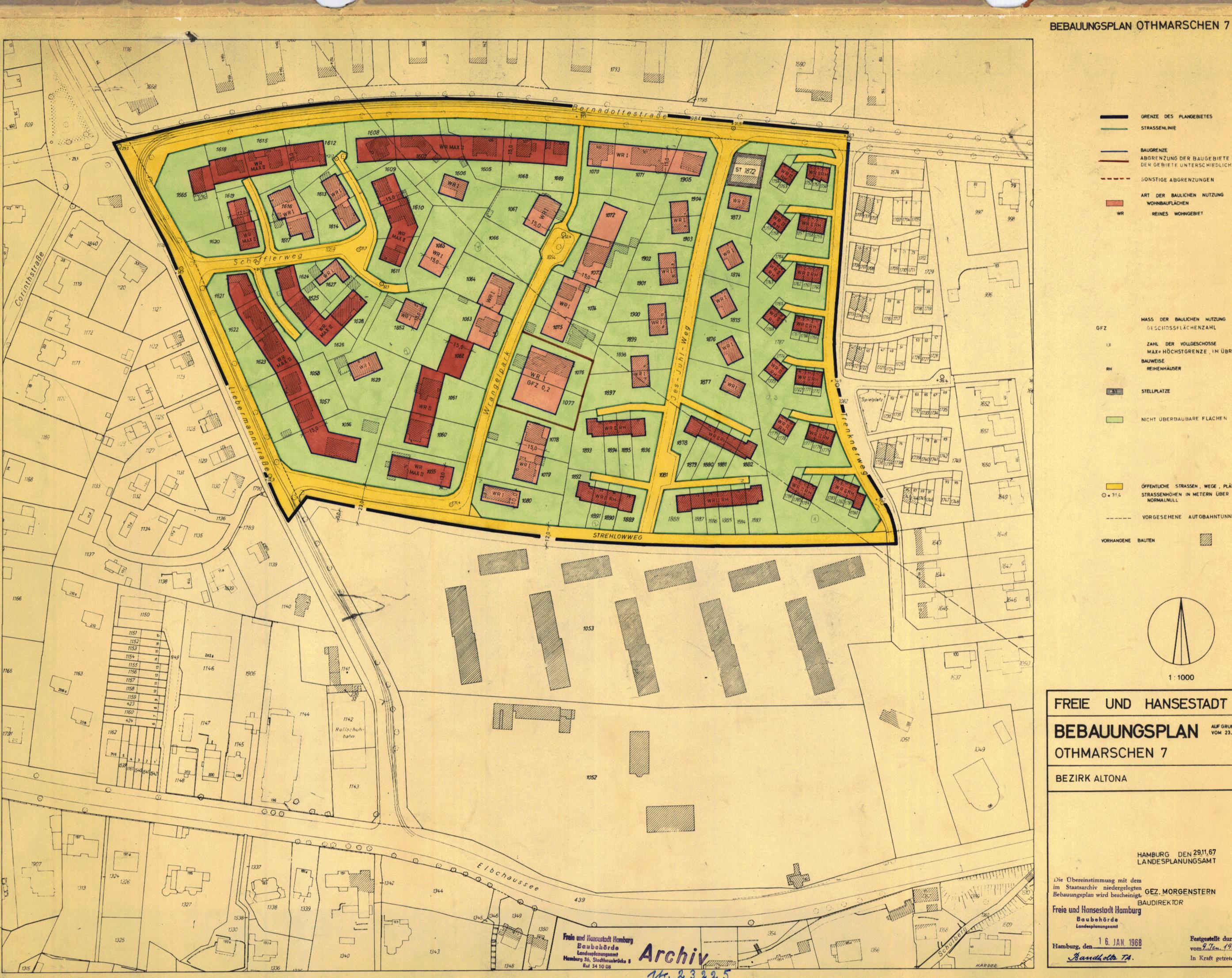
HAMBURG DEN 29.11.67 LANDESPLANUNGSAMT

Die Übereinstimmung mit dem im Staatsarchiv niedergelegten GEZ. MORGENSTERN Bebauungsplan wird bescheinigt.

BAUDIREKTOR

Baubehörde Landesplanungsamt

Festgestellt durch Verordnung/Gesetsvom 9. Jen. 1968 (GVBL S. 5 In Kraft getreten am 23, Jen. 1968



HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 3	MONTAG, DEN 22. JANUAR	1968
Tag	Inhalt	Seite
9. 1. 1968	Verordnung über den Bebauungsplan Othmarschen 7	5
9. 1. 1968	Verordnung über den Bebauungsplan Neuland 5	6

Verordnung

über den Bebauungsplan Othmarschen 7

Vom 9. Januar 1968

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) wird verordnet:

§ 1

- (1) Der Bebauungsplan Othmarschen 7 für das Plangebiet Liebermannstraße Bernadottestraße Trenknerweg Strehlowweg (Bezirk Altona, Ortsteil 218) wird festgestellt.
- (2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

8 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

- Im Wohngebiet offener Bauweise sind nur Einzel- und Doppelhäuser mit nicht mehr als zwei Wohnungen je Gebäude zulässig.
- 2. Die Stellfläche für Kraftfahrzeuge dient zur Erfüllung der Verpflichtungen nach der Verordnung über Garagenund Einstellplätze vom 17. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 219) für die Reihenhäuser an der Straße Jes-Juhl-Weg. Die Fläche darf für Einstellplätze und Garagen unter Erdgleiche genutzt werden. Eingeschossige Garagen sind zulässig, wenn die benachbarte Bebauung und ihre Nutzung nicht beeinträchtigt werden. Auch die nicht überbaubaren Grundstücksteile sind als Garagen unter Erdgleiche nutzbar, wenn Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.
- 5. Soweit der Bebauungsplan keine besonderen Bestimmungen trifft, gelten die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I Seite 429) mit Ausnahme des § 3 Absatz 3 sowie die Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1938 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 21302-n).

Gegeben in der Versammlung des Senats, Hamburg, den 9. Januar 1968.